



Bundesministerium
für Gesundheit



Kassenärztliche
Bundesvereinigung
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gemeinsame Pressemitteilung

Berlin, 31. Oktober 2012

Forschungspreis ausgeschrieben

BMG, BÄK und KBV fördern Aufarbeitung der Rolle der Ärzteschaft im Nationalsozialismus

Ärzte haben in der Zeit des Nationalsozialismus aktiv an der systematischen Ermordung von Kranken mitgewirkt und sich schwerwiegender Verbrechen schuldig gemacht. Zuletzt wies der diesjährige 115. Deutsche Ärztetag in seiner Nürnberger Erklärung darauf hin, dass die Initiativen gerade für die gravierendsten Menschenrechtsverletzungen nicht von politischen Instanzen ausgegangen sind, sondern von den Ärzten selbst. Der Ärztetag gedachte der noch lebenden und der bereits verstorbenen Opfer sowie ihrer Nachkommen und bat sie um Verzeihung. Die Delegierten wiesen zudem auf die Notwendigkeit hin, die historische Forschung auf diesem Gebiet weiter zu fördern. Denn auch wenn die Mitschuld der Ärzte an den Verbrechen der NS-Gewaltherrschaft im Rahmen verschiedener Forschungsprojekte wissenschaftlich untersucht wurde, ist die Rolle der Ärzteschaft im Nationalsozialismus bei weitem nicht ausreichend aufgearbeitet worden. Deshalb haben das Bundesgesundheitsministerium (BMG), die Bundesärztekammer (BÄK) und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) nunmehr zum vierten Mal einen Forschungspreis für wissenschaftliche Arbeiten zur Geschichte der Ärzte während der NS-Diktatur ausgeschrieben. Der Preis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert.

An der Ausschreibung teilnehmen dürfen Ärzte und Psychotherapeuten als Einzelpersonen, Kooperationen und Gemeinschaften aus Ärzten und Psychotherapeuten, Studenten der Humanmedizin sowie an humanmedizinischen und medizinhistorischen Instituten tätige Wissenschaftler. Alle Arbeiten müssen in deutscher Sprache verfasst sein und können sowohl in Papier- als auch elektronischer Form eingereicht werden. Es werden nur Arbeiten berücksichtigt, die ab dem 1. Januar 2008 erstellt oder veröffentlicht wurden. Bereits bei

vorangegangenen Ausschreibungen dieses Preises eingereichte Arbeiten können nicht erneut berücksichtigt werden. Bewerbungsschluss ist der 31. Mai 2013.

Eine unabhängige Jury wird die eingeschickten Arbeiten bewerten und den Gewinner ermitteln. Das BMG, die BÄK, die KBV, der Zentralrat der Juden in Deutschland sowie der Bundesverband der jüdischen Ärzte und Psychotherapeuten haben die Mitglieder der Jury benannt. Diese sind Prof. Dr. Volker Hess (BMG), Prof. Dr. Robert Jütte (BÄK), Prof. Dr. Leo Latasch (Zentralrat der Juden in Deutschland), Dr. Roman Skoblo (Bundesverband der jüdischen Ärzte und Psychotherapeuten) und Dr. Manfred Richter-Reichhelm (KBV).

Bei der letzten Ausschreibungsrunde beeindruckten die Juroren insbesondere Arbeiten, die sich mit dem Schicksal jüdischer Ärztinnen und Ärzte auseinandersetzten. So ging der Preis unter anderem an Susanne Rueß. In ihrer Dissertation beschrieb sie anhand von Einzelschicksalen das an jüdischen Ärzten begangene Unrecht in der NS-Diktatur. In zwei aus einem Forschungsprojekt von Rebecca Schwach entstandenen Monografien wurden die Strukturen der Verfolgung jüdischer niedergelassener Ärzte sowie die Kontinuitäten und Brüche im Denken und Handeln der organisierten Ärzteschaft in Berlin dargestellt. In der prämierten Lokalstudie von *Anna von Villiez* zum Schicksal jüdischer Ärzte in Hamburg wurden sowohl niedergelassene als auch im Krankenhaus tätige Ärzte berücksichtigt. Mit einem Sonderpreis zeichneten die Juroren das beispielhafte Bemühen von *Hansjörg Ebell* zum 70. Jahrestag des Approbationsentzugs aller jüdischen Ärztinnen und Ärzte aus, die Erinnerung an deren Ausgrenzung mit einem Ausstellungsprojekt wach zu halten. Die Wanderausstellung wurde unter anderem im Haus der Bundesärztekammer und auf dem 115. Deutschen Ärztetag in Nürnberg gezeigt.

Bewerber senden ihre Arbeiten an: Bundesärztekammer, Hauptgeschäftsführung,
Elke Böthin M.A., Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin, E-Mail: elke.boethin@baek.de